



Er scheint Mittwoch und Samstag

Obwaldner Volksfreund.

Abonnementspreis:

Für die Schweiz jährlich Fr. 5.50,
halbjährlich Fr. 2.80, Post-Abonnement
20 Cts. Zuschlag.

Insertionspreis:

Für Obwalden die einspaltige Petitzeile
10 Cts., für auswärtige 15 Cts. Wiederholungen Rabatt.

Insertate nehmen für uns alle Annoncen-
Expeditionen entgegen.

Gratis-Beilage:

„Illustriertes Sonntagsblatt“
„Landwirtschaftliche Mitteilungen“.

Druck und Expedition:

Louis Ghrli, Sarnen. — Telefon

Fünfundvierzigster Jahrgang

Nr. 10

Sarnen, Mittwoch, 3. Februar 1915

* * Der politische Friede

Soll für unser schweizerisches Vaterland das Kennzeichen jener Zeitperiode bilden, welche für Europa und beinahe für die ganze zivilisierte Welt sich so verhängnisvoll gestaltet durch einen Krieg, wie die Weltgeschichte einen solchen in diesem Maßstabe noch nicht gekannt hat. Im gegenwärtigen Augenblick ist wohl Niemand imstande, das Ende dieser beispiellosen Katastrophe abzusehen und ebenso wenig läßt sie sich in ihren Folgen bemessen oder vorausbestimmen. Angesichts der Tatsache, daß auch wir in unserm neutralen Staate die Rückwirkungen des Krieges in einer nur zu fühlbaren Weise erfahren, und daß wir nicht mit Sicherheit sagen können, ob uns nicht noch schlimmere Geschicke bevorstehen, empfindet man so ziemlich allseitig das Bedürfnis, den inneren Streit und Hader einstweilen ruhen zu lassen. Wir Schweizer haben dormalen dringendere Arbeit zu leisten, als uns im Parteizwist zu beflechten. Ein großer Teil unserer Wehrmannschaft ist noch zur Grenzwehr aufgebunden. Für diese sind politische Kämpfe zum Vorneherein ausgeschlossen. Wenn auch die Hoffnung sich erfüllt, daß unser Vaterland nicht direkt in die kriegerischen Ereignisse verwickelt werde, so wissen wir doch nicht, ob wir nicht noch von Notständen heimgesucht werden, von denen dasjenige, was wir bis jetzt erlebt haben, nur einen schwachen Vorgeschmack bildet.

Aus diesen Ueberlegungen und tatsächlichen Verhältnissen heraus haben in zwei großen Kantonen, in denen gewöhnlich die politischen Kämpfe hohe Wellen werfen, die Parteien einen Kompromiß in dem Sinne abgeschlossen, daß in den obersten Behörden des Landes die Vertretung der Parteien nach deren gegenwärtigem Besitzstand beibehalten werden soll. Es sind dies die Kantone Luzern und St. Gallen. Für diese beiden Kantone wäre das Jahr 1915 ein Wahljahr und was ein Wahljahr dort zu bedeuten hat, davon wissen diejenigen zu erzählen, welche schon mitten im Gerübe der politischen Kämpfe gestanden haben. Sollte am einen oder am andern Orte die Vereinbarung über den friedlichen Austrag des Wahlgeschäftes noch nicht perfekt geworden sein, sondern noch der endgültigen Genehmigung durch die obersten Parteinstanzen bedürfen, so ist es doch heute schon eine völlig ausgemachte Sache, daß diese Genehmigung nicht ausbleiben wird. Wir befinden uns also der feststehenden Tatsache gegenüber, daß in den Kantonen Luzern und St. Gallen die Regierungsrats- und die Großratswahlen im Zeichen des Friedens sich vollziehen werden. Das Gleiche wird aller Wahrscheinlichkeit nach großen Teils auch hinsichtlich der Gemeindevahlen geschehen. Das hat der Krieg getan. Man darf ihm also nicht nur Schlimmes nachreden. Die Kantone Luzern und St. Gallen sind Proporzland. Beiden Ortes werden die Großen Räte

nach dem System der Verhältniswahl bestellt. Für die Regierungsratswahlen gilt allerdings der Proporz als Wahlsystem weder im einen noch im andern Kanton. Im Kanton Luzern ist zwar für den Regierungsrat der Grundsatz der Minderheitsvertretung verfassungsrechtlich festgestellt und im Kanton St. Gallen wird die Zusammensetzung der Regierung aus 3 Konservativen, 3 Freisinnigen und 1 Sozialdemokraten der Stärke der Parteien im Volke ziemlich genau entsprechen.

Man hat den Versuch gemacht, aus den in den beiden genannten Proporzkantonen getroffenen Wahlkompromissen Kapital gegen den Proporz als Wahlsystem überhaupt zu schlagen. Nichts könnte verkehrter sein, als eine solche Anschauungsweise. Es ist sowohl im einen als im andern Kanton ein vom Wahlsystem unabhängiger Faktor, der zu einer Verständigung unter den Parteien geführt hat. Dieser Faktor besteht in der Not der Zeit. Aber aus der Ferne betrachtet und objektiv beurteilt, gestalten sich die Verhältnisse in beiden Kantonen derart, daß der Proporz den Wahlkompromiß erleichtert und ihm unter obwaltenden Umständen geradezu gerufen hat. Durch den Proporz, nach welchem sich in beiden Kantonen die letzten Wahlen vollzogen haben, wurde eine sichere Grundlage für das Wahlabkommen geschaffen. Dasselbe ließ sich zweifellos am leichtesten auf der Basis des gegenwärtigen Bestandes der Parteien erzielen. Nun ist es aber gerade der Proporz, der dafür sorgt, daß die Vertretung der Parteien in den Behörden der Zahl der Wähler, welche sich zu den verschiedenen Parteien bekennen, wenigstens annähernd entspricht. Das Wahlabkommen ist im Wesentlichen nichts anderes, als eine Verlängerung der Amtsdauer der gegenwärtig in Tätigkeit stehenden Behörden auf eine fernere Legislaturperiode. Es mag dabei in einzelnen Fällen ein Personenwechsel vorkommen, der aber gar nicht von einer ausschlaggebenden Bedeutung ist. Wenn sich nun die Parteien dahin verständigen, die aus der Proporzwahl hervorgegangenen Behörden noch für eine fernere Amtsperiode in ihrer Tätigkeit zu belassen, so liegt in dieser Tatsache doch sicher weit eher ein günstiges, als ein ungünstiges Zeugnis für die Wahlart, nach welcher diese Behörden bestellt wurden. In Luzern hat der Proporz zum ersten Male im Mai 1911 und in St. Gallen im April 1912 funktioniert. Was nun die Regierungsräte der beiden Kantone anbelangt, welche auch aus direkter Volkswahl hervorgegangen sind, so wird Niemand, der mit den Verhältnissen näher bekannt ist, ihnen die Anerkennung versagen können, daß sie ihres Amtes in wirklich staatsmännischer, kluger und tatkräftiger Weise gewaltet haben.

Schiedlich und friedlich vollzieht sich auch die Nationalratswahl, welche der Kanton Graubünden anstelle des nach Rom überfiedelten Herrn Ministers von Planta zu treffen hat. Der Nachfolger des Herrn von Planta

wird ein konservativer und zwar nach aller Voraussicht ein konservativer Katholik sein. Unsere Fraktion in Bern wird dann wieder die gleiche Ziffer erreichen wie vor den letzten Nationalratswahlen, bei denen ihr bekanntlich das urner'sche Mandat verloren gegangen ist. Sie wird 38 Nationalräte und 16 Ständeräte, also im ganzen 54 Mitglieder, zählen. In Graubünden steht die Kandidatur des Herrn Regierungsrat Dr. Steinhäuser im Vordergrund, dessen unbestrittene Tüchtigkeit und parlamentarische Gewandtheit ihn zu einem würdigen und angesehenen Vertreter von Alt-Frh-Rhätien in den eidgenössischen Räten stempeln.

Im Kanton Tessin ist ein Sitz im Staatsrat neu zu bestellen. Sein bisheriger Inhaber Emil Bossi hat den Rücktritt genommen. Derselbe ist radikaler Färbung. Nun scheint auch auf radikaler Seite die Absicht zu walten, den Sitz den Konservativen einzuräumen. Man würde also tatsächlich das Parteienverhältnis wieder herstellen, wie es im Staatsrat des Kantons Tessin bestanden hat zur Zeit, als derselbe nach dem Proporz gewählt wurde. Die radikale Partei hat dann in einseitiger Aufhebung des früher abgeschlossenen Kompromisses für den Staatsrat den Proporz durch das sogenannte limitierte Votum ersetzt und dadurch in der fünfköpfigen Behörde die konservative Vertretung auf einen einzigen Sitz reduziert. Nun will man tatsächlich wieder zum Proporz zurückkehren, von der Ansicht ausgehend, daß der Kanton Tessin gegenwärtig dringender als je des Zusammenwirkens der beiden großen historischen Parteien bedürfe, wenn er zu gedeihlichen Zuständen gelangen soll. Am meisten genannt wird die Kandidatur des Herrn Nationalrat Dr. Cattori, welcher schon früher konservativer Minderheitsvertreter im Staatsrat gewesen ist. Fataler Weise würde die Wahl in den Staatsrat seinen Rücktritt aus dem Nationalrat zur Folge haben, wo sich Herr Dr. Cattori durch seine glänzende Beredsamkeit, bei der er sich mit gleicher Gewandtheit der französischen wie der italienischen Sprache bedient, rasch eine angesehene Stellung errungen hat. Sicher wird er sich nur dann entschließen, seinen Nationalratssitz an einen Regierungssessel umzutauschen wenn Gewißheit darüber geschaffen wird, daß der erstere wieder einem seiner politischen Freunde zufällt. Man sieht aus den angeführten Tatsachen, daß auch bei unsern ennetbirgischen Eidgenossen das Bedürfnis nach politischem Frieden sich geltend macht.

Im Bunde sind es die großen Finanzfragen, welche zunächst auf der Tagesordnung stehen. Ueber dieselben herrscht noch mannigfaltige Meinungsverschiedenheit. Wir wollen hoffen, daß auch sie einer friedlichen Lösung entgegengeführt werden. Sonst würde man sie besser vertagen, bis das gewaltige Kriegsgewitter sich verzogen hat.

Feuilleton.

Das Erdbeben in Italien.

(Schluß.)

Entsetzlich war in fast allen Orten, namentlich in den kleineren und entlegeneren, das Schicksal der Ueberlebenden während des ersten, ja auch vielfach noch des zweiten und dritten Tages. Sie hatten keine Werkzeuge, um den Verschütteten Rettung zu bringen, nichts, um die Verwundeten zu verbinden und zu pflegen, litten Hunger und Kälte. Die erste Nacht verbrachten die Leute fast alle im Freien und suchten sich an großen Feuern zu wärmen. Ergreifend war am folgenden Morgen das Bild in Carsoli, wo die Passionistenpatres unter freiem Himmel auf einem improvisierten Altare die hl. Messe lasen, während weinend ringsum das Volk auf den Knien lag und betete.

Viel geklagt wurde in den ersten Tagen über die Unzulänglichkeit des staatlichen Hilfsdienstes, dem es zudem an jeglicher Organisation gebrach. Die Sappeure und Infanteristen, die als erste Hilfe am 14. Januar morgens, also erst 24 Stunden nach der Katastrophe, in Avezzano eintrafen, trugen wohl Gewehre und Tornister (!) bei sich, aber Pickeln und Schafeln fehlten oder waren doch in ganz ungenügender Zahl. (!!) Zudem hatten sie gar nichts zum Essen mitgebracht, nicht einmal die Reservenvorräte, die jeder im Tornister tragen sollte.

Sie konnten infolgedessen keine Hilfe gegen den Hunger bringen. Ja sie litten selbst Hunger, die Offiziere nicht ausgenommen. Die Soldaten der kleinen Garnison in Sora, die gerettet wurden, weil die Kaserne dem Erdstoß standhielt, konnten am ersten Tag noch einigen Zwieback und etwas Likör erhalten, am zweiten gab es nichts mehr für sie, obwohl sie die ganze Nacht hindurch gearbeitet hatten.

In Castel bei Marzi, das 1500 Einwohner zählte, wovon 1300 unter den Häusern begraben wurden, kam durch volle 36 Stunden keine Hilfe. Keinen Arzt, kein Brot, keinen Soldaten, keinen Ingenieur war aufzutreiben; und das kaum 100 Kilometer von Rom entfernt. In Paterno fand ein Journalist die wenigen Ueberlebenden noch am 15. (das Erdbeben war am 13. früh) im Freien. Männer und selbst Frauen kamen dem Journalisten entgegen und baten um Brot: „Wir verlangen und wünschen nichts anderes, nur um nicht das Schreien unserer Kinder hören zu müssen, die nach Essen verlangen. Wir sind 5 Kilometer von Avezzano entfernt und kein Mensch denkt an uns. Die Automobile fahren hin und her und würdigen uns keines Blickes. Wir können einfach nicht mehr.“ — Ein Korporal, den man mit einer kleinen Abtheilung nach dem abseits gelegenen San Benedetto geschickt hatte, kam mit Tränen in den Augen zur Landstraße gelaufen. „Was kann ich machen mit den wenigen Leuten und ohne Brot, ohne Zelte, ohne Arzneien in einem Orte, wo alles fehlt?“ — In Magliano wurden die Journalisten mit Vorwürfen empfangen: „Jetzt

kommt Ihr? Warum hat Ihr Euch denn nicht früher gerührt? Hier kann man hundertmal sterben und kein Christmensch kümmert sich darum.“

Als am 16. in Avezzano reichliche Hilfsmannschaft mit allem Nötigen eingetroffen war, da wurde nach Rom berichtet, es sei unglaublich, wie viele Leute, die man für tot gehalten hatte, noch lebend ausgegraben werden. Wo man den Spaten ansetzt, stößt man auf Menschenleiber. Wie viele hätten gerettet werden können, wenn die Hilfe rascher gekommen wäre und die ersten Helfer besser ausgerüstet gewesen wären!

Der „Corriere d'Italia“ hat sehr scharfe Anklagen gegen die Regierung erhoben. Er sprach von einem Triumph der Bürokratie. Wenn man gerecht ist, wird man sagen müssen, daß die Behörden auf ein solches Unglück nicht vorbereitet sein konnten, daß auch die Größe des Unglücks erst allmählich offenbar wurde, weil die Telegraphen zerstört waren und die Ortsobrigkeiten, welche Nachricht hätten geben sollen, tot unter den Trümmern lagen. An der Bahn waren alle Sicherheitsvorkehrungen zerstört, vielfach fehlte das Personal. Selbst die Straßen waren an manchen Orten unbrauchbar geworden. Bei Pescina war der Straßenkörper auf eine Strecke von 500 Metern in zwei Teile gespalten, wovon sich der eine um einen Meter gesenkt hatte.

Richtig aber ist, daß die Regierung viel zu wenig tat, um sich rasch einen Ueberblick über den Umfang der Katastrophe zu verschaffen und daß die erste Hilfe zögernd und